





## Eckhardt Rehberg

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Mitglied des Haushaltsausschusses  
Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern  
-Der Vorsitzende-

Eckhardt Rehberg MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

**Platz der Republik 1**  
**Büro: Paul-Löbe-Haus, Zi. 3.435**  
**11011 Berlin**

 (030) 227 - 75613

 (030) 227 - 76570

 eckhardt.rehberg@bundestag.de

 www.eckhardt-rehberg.de

Berlin, 22. April 2015

### Entlastung von Ländern und ihren Kommunen durch den Bund

Sehr geehrte Damen und Herren,




diese Woche ist wieder eine gute Woche für die Kommunen in Deutschland. Mit dem Nachtragshaushalt 2015 und dem „Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern“ unterstützen wir die Kommunen mit insgesamt 5 Mrd. Euro zur Stärkung ihrer Investitionstätigkeit. Zudem wird die Vereinbarung vom Dezember 2014 gesetzlich umgesetzt, nach der der Bund Ländern und Kommunen zur Entlastung bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern insgesamt 1 Mrd. Euro zur Verfügung stellt. Wir ergänzen damit die prioritären Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag zugunsten von Ländern und ihren Kommunen in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung und Soziales. Diese zusätzlichen Entlastungen erfolgen, obwohl der Bundesrechnungshof bereits im Oktober 2014 folgende Anmerkung gemacht hat: *„Die Handlungsspielräume des Bundes für weitere finanzielle Zugeständnisse an Länder und Kommunen erscheinen angesichts der bestehenden umfangreichen finanziellen Lasten und Risiken ausgereizt.“*

Mit der zusätzlichen erheblichen Unterstützung zeigt sich erneut die kommunalfreundliche Politik der Koalition unter Angela Merkel.

Von Ländern und Kommunen ist demgegenüber immer wieder ein lautes Klagen darüber zu vernehmen, dass sich der Bund zu wenig an der Finanzierung ihrer Aufgaben beteilige. Viele Länder versuchen, ihre Verantwortung für eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen beim Bund abzuladen. Aber auch viele Kommunalvertreter rufen gerne zuallererst nach noch größeren Bundesleistungen zugunsten der Kommunen. So wird – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der laufenden Gespräche über eine Neuordnung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen – ein Bild der armen Länder und Kommunen im Gegensatz zum reichen Bund gezeichnet, das nicht der finanzpolitischen Wirklichkeit in Deutschland entspricht.

So hatte der Bund Ende 2014 mit rd. 1,3 Bill. Euro einen mehr als doppelt so hohen Schuldenstand als die Länder. Nur Bremen, Berlin und das Saarland weisen eine höhere Pro-

**Bürgerbüro: Rosa-Luxemburg-Str. 25/26, 18055 Rostock**

 (0381) 252 2460  (0381) 252 2485  eckhardt.rehberg@wk.bundestag.de

Kopf-Verschuldung aus als der Bund. Diese Unwucht zeigt sich auch in den Zinsausgaben. 2014 betrug die Zinszahlungen des Bundes mit 25,9 Mrd. Euro rd. 8,8 Prozent seiner Ausgaben, bei den Ländern waren es hingegen mit 16,2 Mrd. Euro gut 5 Prozent. Und die Kommunen konnten 2014 zum dritten Mal in Folge einen Überschuss in ihren Kernhaushalten verzeichnen.

In dieses Bild passt die stetige „Politik der offenen Hand“ gegenüber dem Bund nicht hinein. Zudem hat die erfolgreiche Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der Bundesregierung zu der positiven wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre beigetragen.

Die Erwerbstätigkeit liegt auf Rekordniveau, die Arbeitslosigkeit sinkt und die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt ermöglicht reale Lohnsteigerungen. Die Bundesregierung rechnet auch in den nächsten Jahren mit einem robusten Wirtschaftswachstum. Diese positive Entwicklung wird zu weiter steigenden Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen führen, von denen Länder und Kommunen insgesamt stärker als der Bund profitieren werden.

Der Bund rechnet zwischen 2010 und 2018 mit einem Anstieg seiner Steuereinnahmen um gut 37 % oder 85 Mrd. Euro von rund 226 Mrd. Euro auf 311 Mrd. Euro. Im selben Zeitraum können die Länder mit einer Steigerung um ebenfalls gut 37 % oder rund 79 Mrd. Euro von 210 Mrd. Euro auf fast 289 Mrd. Euro bei den Steuereinnahmen rechnen. Die Kommunen profitieren voraussichtlich von einem Anstieg der Steuereinnahmen um 43 % oder 30 Mrd. Euro von gut 70 Mrd. Euro auf über 100 Mrd. Euro.

Die Zahlen machen deutlich: den insgesamt rund 109 Mrd. Euro Steuermehreinnahmen von Ländern und Kommunen stehen 85 Mrd. Euro des Bundes im Betrachtungszeitraum gegenüber. Länder und Kommunen verfügen im Vergleich zum Bund somit über ein Plus von **24 Mrd. Euro** an Steuermehreinnahmen.

Umso bedauerlicher ist es, dass einzelne Länder wie beispielsweise Nordrhein-Westfalen immer noch schlechter dastehen als vor der Wirtschafts- und Finanzkrise. So musste NRW im vergangenen Jahr noch 2,3 Mrd. Euro an neuen Schulden aufnehmen, in diesem Jahr kommen noch 1,9 Mrd. Euro und im kommenden Jahr weitere 1,5 Mrd. Euro an neuen Schulden dazu, während die Neuverschuldung im Jahr 2008 rund 1,2 Mrd. Euro betrug.

Neben der verbesserten Einnahmesituation von Ländern und Kommunen hat aber vor allem auch der Bund dazu beigetragen, dass Länder und Kommunen in ihrer Gesamtheit heute gut dastehen. Das finanzielle Engagement des Bundes zugunsten von Ländern und Kommunen ist herausragend und ohne Beispiel in der Geschichte der Bundesrepublik – rund **125 Mrd. Euro** in den Jahren 2010 bis 2018 mit weiter steigender Tendenz. Es sind vor allem die Bereiche soziale Leistungen, Familie und Bildung sowie Investitionen, die das „**125 Milliarden-Paket**“ ausmachen.

1. Der Bund stellt für soziale Leistungen der Kommunen (u.a. Übernahme Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Kosten der Unterkunft beim ALG II, Asylkompromiss) allein in diesem Jahr fast 8 Mrd. Euro zur Verfügung. In den Jahren 2010 bis 2018 summieren sich die Entlastungen in diesem Bereich auf rd. 60 Mrd. Euro.

2. Im Bereich Familie und Bildung (u.a. Exzellenzinitiative, Hochschulpakt, BAföG, Betriebskostenzuschuss für Kitausbau, Kindergelderhöhung) summieren sich die Leistungen des Bundes an Länder und Kommunen in diesem Zeitraum auf gute 45 Mrd. Euro.
3. Im Bereich Investitionen (u.a. Entflechtungsmittel, Kommunalinvestitionsfonds, Kitausbau) sind es rd. 18 Mrd. Euro, im laufenden Jahr allein 6 Mrd. Euro.

Ohne diese Maßnahmen hätte der Bund deutlich früher einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Verschuldung erreicht. Und nur am Rande sei erwähnt, dass der Bund die Lasten aus der Finanzkrise und den Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro allein trägt. So hat nur die Kapitaleinzahlung in den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) den Bundeshaushalt in den vergangenen Jahren insgesamt mit rd. 22 Mrd. Euro belastet.

Darüber hinaus sollte nicht unerwähnt bleiben, dass eine Vielzahl von Maßnahmen keinen Eingang in das Zahlenwerk gefunden hat. Hierzu gehören u.a. Bundesmittel

- für die Städtebauförderung (Stadtumbau Ost/West, Die Soziale Stadt etc.)
- für den Ausbau von wirtschaftsnahen Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)
- für die Ausgestaltung zentraler Fördermaßnahmen der Agrarstruktur und der ländlichen Entwicklung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK)
- für Denkmalschutzsonderprogramme im Rahmen von Substanzerhaltungs- und Restaurierungsmaßnahmen

Fazit:

Der Bund entlastet Länder und Kommunen mit rund 125 Mrd. Euro in den Jahren 2010 bis 2018, obwohl diese im Vergleich zum Bund gemeinsam mit rund 109 Mrd. Euro über deutlich höhere Steuermehreinnahmen verfügen. Dies zeigt, dass der Bund viel für ein funktionierendes föderales System leistet und seiner gesamtstaatlichen Rolle mehr als gerecht wird. Festzuhalten bleibt aber auch, dass eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen gemäß unserer Finanzverfassung in der Verantwortung der Länder liegt.

Statt in immer neuen Runden nach noch mehr Geld des Bundes zu rufen, sollten die Länder ihrer Verantwortung gerecht werden und das vom Bund bereits zur Verfügung gestellte Geld an die Kommunen weiterleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

